

Teerling Insolvenzverwaltung · Klosterstraße 2 · 49477 Ibbenbüren

Amtsgericht Münster
Frau Rpfl. Renneke
Gerichtsstraße 2 - 6
49149 Münster

DR. JAN TEERLING

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Insolvenz-
und Sanierungsrecht
Master of Mediation

THORE THOMAS

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Arbeitsrecht



Klosterstraße 2
49477 Ibbenbüren
Tel.: 05451 / 50 22 82-0
Fax: 05451 / 50 22 82-20

Mail: info@ra-teerling.de

Bericht zur ersten Gläubigerversammlung

Insolvenzverfahren über das Vermögen

der im HR des AG Steinfurt unter HRB 5336 eingetragenen H. Guhe
GmbH i. L., Gildestr. 72, 49479 Ibbenbüren,
v.d.d. GFin Judith Thälker, Planestr. 22, 49477 Ibbenbüren

Amtsgericht Münster

- 74 IN 32/26 -

Datum: 19.10.2026

A. Allgemeines / Tabellarischer Überblick

I. Allgemeines

Das eröffnete Insolvenzverfahren geht auf folgende Anträge zurück:

- Eigentrag der Schuldnerin vom 22.06.2026

Durch Beschluss des Amtsgerichts Münster (Insolvenzgericht) vom 25.06.2026, eingehend bei dem Unterzeichner am selben Tag, wurde der Unterzeichnete damit beauftragt, ein Sachverständigengutachten über das Vorliegen von Insolvenzgründen und zur Frage der Verfahrenskostendeckung zu erstellen. Im Rahmen des Gutachtenauftrages konnte festgestellt werden, dass der antragsgegenständliche Betrieb bereits 2025 veräußert wurde. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen drohten nicht. Im Rahmen der weiteren Ermittlungen konnte sodann ein werthaltiger Zahlungsanspruch in Höhe von ca. 5.800,00 € zu Gunsten der Antragstellerin ermittelt werden. Es handelte sich um einen Steuererstattungsanspruch, welcher kurzfristig zur Zahlung anstand. Um eine Auszahlung an die Schuldnerin zu verhindern, wurde daher eine vorl. Insolvenzverwaltung angeregt. Der Unterzeichner wurde mit Datum vom 28.07.2026 zum vorl. „schwachen“ Insolvenzverwalter bestellt. Darüber wurden die entsprechenden Stellen informiert.

Das Gutachten wurde unter dem 04.08.2026 eingereicht und endete mit folgendem Ergebnis in Kurzfassung:

- *Die Schuldnerin ist zahlungsunfähig.*
- *Die freie Masse beläuft sich voraussichtlich auf ca. 5.800,00 €. Diese Masse ist rechnerisch kostendeckend.*
- *Der Schuldnerin hat keinen Grundbesitz.*

Dem Gericht wird aufgrund der vorhandenen, die Verfahrenskosten deckenden Masse der Vorschlag unterbreitet,

das Insolvenzverfahren zu eröffnen.

Die Eröffnung des Insolvenzverfahren erfolgte unter dem 05.08.2026.

II. Tabellarischer Überblick

Die allgemeinen rechtlichen Verhältnisse der Schuldnerin werden nachfolgend in tabellarischer Form aufgezeigt:

1. Allgemeine Angaben

Schuldner: Firma / Rechtsform	H. Guhe GmbH i.L.
Ladungsfähige Adresse	Planestr. 22, 49477 Ibbenbüren
Grundbesitz	--
Gründung / Satzung	1990
Einstellung des Gewerbes	01.09.2025
Gegenstand des (ehem.) Unternehmens	Großhandel mit Schrott und Metallen
Personalbestand	--
Lohn- und Gehaltsrückstände	--
Beteiligungen	--
Geschäftsjahr	01.01.-31.12. des jeweiligen Jahres
Rechnungswesen/Jahresabschlüsse	Vorl. Jahresabschluss 2026
Rechtsberater	--

Steuerliche Berater	StB Hunnekuhl und Melanie Hoppe Junkendiek 13, 49479 Ibbenbüren
Insolvenzantrag	Eigenantrag vom 22.06.2026
Sicherungsmaßnahmen	--
Post-/Telefon-/Telegraphensperre	--
Ladungsfähige Anschrift	Planestr. 22, 49479 Ibbenbüren

2. Verfahrensbeteiligte Institutionen

Finanzamt	Finanzamt Ibbenbüren 327/5790/7064
Berufsgenossenschaft Unternehmensnummer	BG Verkehr 9462 0684 8399 001
Sozialversicherungsträger Betriebsnummer	DAK Gesundheit Postzentrum, 22777 Hamburg BN: 410 473 29
Kammern Mitgliedsnummer	--

3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	Die Schuldnerin ist nicht Eigentümerin von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten
--	--

4. Vertragsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse	Es wurden keine Arbeitsverhältnisse vorgefunden
Bankverbindungen	VB im Münsterland eG IBAN: DE27 4036 1906 0009 9768 00
Darlehensverträge	VR Smart Finanz, Eschborn
Sicherheiten	Sicherheiten wurden im Rahmen der Forderungsanmeldungen
Leasingverträge	Leasingverträge wurden nicht bekannt.
Mietverträge	Nur für die GF privat

B. Wirtschaftliche Verhältnisse

I. Historie/Unternehmerische Betätigung

Die Geschäftsführerin teilte mit, dass der antragsgegenständliche Betrieb von ihrem Vater vor sehr langer Zeit gegründet worden sei. 2016 sei sie dann auf Wunsch des Vaters zur Geschäftsführerin bestellt worden. Hier sei sie jedoch nur „offiziell“ Geschäftsführerin gewesen. Sie habe weder von dem Betrieb noch von der Buchhaltung Kenntnis gehabt und sei eigentlich damit überfordert gewesen. Die Geschäfte an sich seien weiterhin von ihrem Vater ausgeübt worden. Dieser verstarb in der Zwischenzeit.

II. Wirtschaftliche Verhältnisse

Der von der Schuldnerin überreichte vorl. Abschluss der antragstellenden GmbH wurde mit der Geschäftsführerin und deren Steuerberaterin im Vorfeld der Verfahrenseröffnung erörtert. Einzelne Positionen wurden ebenfalls erörtert. Aus den übersandten Unterlagen ergaben sich folgende Ergebnisse:

Jahr	Umsatzerlöse	Vorl. Ergebnis
2023	963.441,37 €	87.253,27 €
2024	938.253,86 €	./ 81.968,93 €
2025	460.947,18 €	./ 4.015,70 €
2026	0,00 €	6.500,30 €

Bezüglich der Ergebnisse ab 2023 wird darauf hingewiesen, dass diese den vorgelegten Jahresabschlüssen entnommen wurden.

III. Betriebswirtschaftliche Gründe der Insolvenz

Zu den Gründen der Insolvenz teilte die Geschäftsführerin mit, dass sie seinerzeit einen Anwalt mit der Abwicklung des Unternehmens beauftragt hatte. Dieser habe sich um die Sachen gekümmert. Dieser verstarb jedoch um Frühjahr 2026. Im Rahmen der Abwicklung der Kanzlei wurde ein Nachlassinsolvenzverfahren über das Vermögen des verstorbenen Rechtsanwalts eröffnet. Die Abwicklung an sich wurde nicht abgeschlossen. Sie selbst habe die Angelegenheit nicht regeln können.

C. Tätigkeiten bis zum Berichtstermin

I. Aufträge

Der Betrieb wurde 2025 verkauft. Aufträge waren nicht abzuwickeln.

II. Zur Betriebsstätte

Eine Betriebsstätte existierte nicht mehr.

III. Sicherungsrechte

Sollte von Gläubigern Aus- und Absonderungsrechte geltend gemacht worden sein, wird über diese wird bei dem entsprechenden Vermögenswert berichtet.

IV. Arbeitsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse konnten nicht vorgefunden werden.

V. Dauerschuldverhältnisse

Bekannte Dauerschuldverhältnisse wurden unmittelbar nach Verfahrenseröffnung entweder gekündigt bzw. es wurde der Nichteintritt gemäß § 103 InsO erklärt.

D. Fortführung des Betriebes

Der antragsgegenständliche Betrieb wurde 2025 verkauft. Eine Fortführung des Unternehmens scheidet aus.

E. Vorgefundene Vermögenswerte

Grundlage der nachstehenden Ausführungen ist zunächst das dem Gericht vorliegende Gutachten und die dortigen Ausführungen zur Bewertung nach Zerschlagungsgesichtspunkten. Einzelheiten des weiteren Verfahrens wurden ergänzt.

I. Aktiva

a. Unbewegliches Anlagevermögen / Grundvermögen:

Grundvermögen ist nicht vorhanden

b. Bewegliches Anlagevermögen

Bewegliches Anlagevermögen auf den Zeitpunkt der Antragstellung wurde nicht vorgefunden.

Im Rahmen der Anmeldung machte die Volksbank im Münsterland eG Rechte aus einer Sicherungsübereignung eines LKW und einer Maschine geltend. In wie weit die Gegenstände zur Verwertung anstehen wird gerade mit der Gläubigerin geklärt.

c. Beteiligung / Beteiligungen

Es konnte ein Genossenschaftsanteil der Volksbank im Münsterland eG über 150,00 € vorgefunden werden. Der Genossenschaftsanteil soll gekündigt werden. Mit einer Auszahlung vor Mitte 2027 ist nicht zu rechnen.

d. Sonstige Ansprüche

dd. Forderungen gegenüber Dritten

Im Gutachten wurde berichtet, dass 3 Rechnungen wohl noch zur Zahlung ausstehen würden. Mit dem Einzug wurde begonnen. Eine Reaktion steht noch aus.

ee. Überzahlte Steuer

Nach Verfahrenseröffnung wurden Körperschaftssteuern (5.821,03 €) und Gewerbesteuern (5.048,00 €) zu einem Gesamtbetrag von 10.869,03 € an die Masse erstattet.

ff. Kapitalkonten

Aus den Unterlagen ergab sich ein Gesellschafterverrechnungskonto der Geschäftsführerin. Nach diesem Bilanzposten hat die GmbH i.L. noch einen Anspruch gegen die Gesellschafterin in Höhe von ca. 38.000,00 €. Aufgrund der bisherigen Ausführungen der Geschäftsführerin ist aktuell nicht ersichtlich, dass der Anspruch werthaltig ist.

gg. Homepage

Weiterhin ergaben sich aus den Aktiva Lizenzen etc.. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass dieses die Kosten für die Erstellung einer Homepage gewesen seien. Dieser wird kein Marktwert beigemessen.

e. Kontoguthaben

ee. Barkasse

Eine Barkasse wurde nicht vorgefunden.

ff. Volksbank im Münsterland eG, IBAN: DE27 4036 1906 0009 9768 00

Das Konto wies im Zeitpunkt der Antragstellung einen Sollsaldo aus. Masse stand hier nicht zur Verfügung.

5. Anfechtungsansprüche

Anfechtungsansprüche konnten aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht abschließend ermittelt werden.

II. Passiva

1. Forderungen im Rang des § 38 InsO

Die Passiva, welche in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen sind, wurden weitestgehend dem Gutachten entnommen.

Weiterhin haben bis zum heutigen Tage 6 Gläubiger Forderung zu einer Gesamthöhe von ca. 104.364,77 € zur Tabelle angemeldet. Da noch nicht alle Gläubiger ihre Forderungen zur Tabelle angemeldet haben, ist mit weiteren Forderungsanmeldungen zu rechnen.

Einer Prüfung von Forderungen, welche nach Ablauf der Anmeldefrist angemeldet wurden, wird ausdrücklich widersprochen. Diese Forderungen sollen mit weiteren nachträglichen Anmeldungen in einem gesonderten Termin geprüft werden.

2. Masseverbindlichkeiten

Diese voraussichtlichen Kosten ermitteln sich wie folgt:

Gerichtskosten (§§ 35ff i.V.m. 22 ff GKG; KV lfd. Nr. 2310 und 2320) ca.	940,50 €
Kosten Gutachten (beantragt)	1.052,48 €
Vergütung und Auslagen der vorl. Verwaltung (beantragt)	- €
Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters (Teilungsm. 10.879 €)	6.500,00 €
Sonstige Masseverbindlichkeiten (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	1,00 €
Personalkosten nach Eröffnung / Antragstellung	- €
Miete / Pacht	1,00 €
Kosten Kontoführung	240,00 €
Gesamt	8.734,98 €

Bei den sonstigen Masseverbindlichkeiten wurde bezüglich etwaiger Steuerberaterkosten ein Erinnerungswert berücksichtigt.

Personalkosten brauchten nicht berücksichtigt zu werden. Offene Mieten wurden bisher nicht bekannt.

Bezüglich der Kontoführungsgebühren wurden zunächst die Kosten für 2 Jahre berücksichtigt.

III. Insolvenzmasseanderkonto

Es wurde ein Insolvenzmasseanderkonto bei der

Kreissparkasse Steinfurt
Kto.-Nr.: DE61 4035 1060 0075 9897 23

eingerrichtet. Der aktuelle Bestand lautet auf 10.859,13 €. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass dieser Bestand möglicherweise noch um die Auszahlung von Drittrechten zu korrigieren ist.

F. Stand des Verfahrens

I. Verwertungshandlungen

Wie oben dargelegt, sind noch Verwertungshandlungen vorzunehmen. Auf die obigen Ausführungen wird Bezug verwiesen.

II. Gläubigerausschuss

Nach meiner Einschätzung ist die Einrichtung eines Gläubigerausschusses nicht angezeigt. Entsprechende Anregungen wurden bisher nicht an den Unterzeichner herangetragen.

III. Mögliche Quote, Verfahrensabschluss

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, das bisher mit einer geringen Quote auf die angemeldeten Forderungen zu rechnen ist. Angaben zu einem Verfahrensabschluss können bisher nicht getroffen werden.

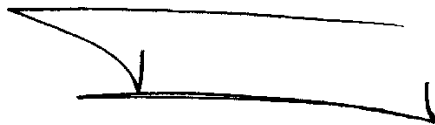
G. Anträge / Beschlüsse im Berichtstermin

Nach Auffassung des Unterzeichneten hat die Gläubigerversammlung über folgendes zu beschließen:

- I. Beibehaltung des bisherigen Insolvenzverwalters / bzw. Wahl eines neuen Insolvenzverwalters
- II. Die Einrichtung eines Gläubigerausschusses ist zum jetzigen Zeitpunkt entbehrlich.
- III. Es wurde ein Insolvenzmasseanderkonto bei der Kreissparkasse Steinfurt zur Kontonummer DE61 4035 1060 0075 9897 23 eingerichtet. Das Guthaben beträgt aktuell 10.859,13 €.

Das vorstehende Insolvenzmasseanderkonto wird als Hinterlegungsstelle i.S.d. § 149 Abs. 1 InsO bestimmt.

- IV. Es wird vorgeschlagen, jeweils auf Anforderung des Gerichts Zwischenberichte in diesem Verfahren abzugeben. Die Zwischenberichte sollten jeweils in ca. halbjährlichem Abstand erfolgen.



Dr. Jan Teerling
Rechtsanwalt als
Insolvenzverwalter